



Baden-Württemberg

LANDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ

LfV BW · Postfach 50 07 00 · 70337 Stuttgart

Per PZU

Herrn Rechtsanwalt
Dr. Udo Kauß
Gerberau 5a
79098 Freiburg i.Br.



Datum 30.11.2021

Name Herr Hafner

Durchwahl 0711 9544-00

Aktenzeichen DSB-244s.100/408/11

(Bitte bei Antwort angeben)

 **Auskunftsersuchen gemäß § 13 Abs. 1 Landesverfassungsschutzgesetz (LVSG)**

Ihre E-Mail vom 13. Oktober 2021

Ihr Zeichen: 21/001014

Sehr geehrter Herr Dr. Kauß,

im Anhang der von Ihrem Mandanten, Herr Werner Siebler, begehrte Auskunftsbeseid.

Mit freundlichem Gruß



Hafner
Regierungsrat



Baden-Württemberg

LANDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ

LfV BW · Postfach 50 07 00 · 70337 Stuttgart

Herrn
Werner Siebler
Heinrich-Mann-Str. 5
79100 Freiburg

Datum 30.11.2021

Name Herr Hafner

Durchwahl 0711 9544-00

Aktenzeichen DSB-244S.100/408/12
(Bitte bei Antwort angeben)

Auskunftersuchen gemäß § 13 Abs. 1 Landesverfassungsschutzgesetz (LVSG) Ihr Antrag vom 12. August 2021

Sehr geehrter Herr Siebler,

auf Ihr Auskunftersuchen gemäß § 13 Abs. 1 S. 1 LVSG hin ergeht folgender

Auskunftsbescheid

Beim Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (LfV) sind Sie mit folgenden Daten in Akten und Dateien erfasst:

A. Personenbezogene Daten

Name:	Siebler
Vorname(n):	Werner Edmund
Geburtsdatum:	14.11.1955
Adresse:	Wannerstraße 16, 79106 Freiburg (seit 01.08.2006)
Frühere Adresse:	Hindenburgstraße 6, 79102 Freiburg
Nutzer:	0761/275888

B. Erkenntniszusammenstellung

In der Vergangenheit sind Sie im Zusammenhang mit linksextremistischen Bestrebungen aufgefallen. Dem LfV Baden-Württemberg liegen Erkenntnisse darüber vor, dass Sie sich seit dem Jahr 1972 in der linksextremistischen Szene bewegen. Sie nehmen seit Jahrzehnten an Treffen und Veranstaltungen der linksextremistischen „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) bzw. linksextremistisch beeinflusster Bündnisse teil. Aufgrund der dem LfV vorliegenden Erkenntnisse ist von einer Zugehörigkeit zur linksextremistischen Szene in Freiburg auszugehen.

Über Sie liegen die nachfolgend aufgeführten Erkenntnisse im Sinne Ihrer Anfrage vor:

1. Laut der Badischen Zeitung vom 24. April 1999 kandidierten Sie für die „Linke Liste/Friedensliste“ zur Kommunalwahl am 24. Oktober 1999. Für das Bündnis kandidierten regelmäßig auch Personen des linksextremistischen Spektrums.
2. Gemäß dem Stimmzettel der „Linken Liste/Friedensliste“ zur Kommunalwahl am 24. Oktober 1999 kandidierten Sie für dieses Bündnis auf Listenplatz 15. Für das Bündnis kandidierten regelmäßig auch Personen des linksextremistischen Spektrums.
3. In dem Artikel „Der Werner von der Post“, erschienen in der „Zeitung zum Sonntag“ vom 26. November 2000 in Freiburg, wurden Sie als Mitglied der linksextremistischen Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) vorgestellt, das aufgrund seiner Parteizugehörigkeit seine Arbeitsstelle als Postbote und Beamter verlor. Dem Artikel zufolge sind Sie seit 1972 Mitglied der DKP und häufig mit Delegationen in die damalige DDR gefahren.
4. In einem Artikel vom 30. März 2001, der in der linksextremistischen Wochenzeitung „Unsere Zeit“ erschien, von Ihnen verfasst wurde und den Titel „Schnarchwettbewerb“ trug, nahmen Sie Stellung zur Landtagswahl am 25. März 2001 in Baden-Württemberg. Von den Herausgebern der „Unsere Zeit“ wurden Sie als „Sprecher der DKP“ vorgestellt.

5. In einem weiteren von Ihnen verfassten Artikel, der am 27. April 2001 in der linksextremistischen Wochenzeitung „Unsere Zeit“ erschien und den Titel „Abkehr von beschlossenen Positionen“ trug, nahmen Sie Stellung zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes.
6. Sie unterzeichneten den Aufruf aus den linksextremistischen „Antifa-Nachrichten“ Nr. 1 aus Januar 2002, sowie den Aufruf aus der linksextremistischen „Angehörigen-Info“ Nr. 255 vom 18. Januar 2002 wie auch den Aufruf aus der linksextremistischen Wochenzeitung „Unsere Zeit“ Nr. 3 vom 18. Januar 2002. Alle Aufrufe richteten sich gegen „Berufsverbote“. Laut einem Artikel der Badischen-Zeitung mit dem Titel: „Berühmt im ganzen Land – Werner Siebler, der rote Bote“, welcher am 24. Januar 2002 veröffentlicht wurde, waren Sie von 1987 bis 1989 hauptamtlicher Kreisvorsitzender der DKP Freiburg. Im betreffenden Artikel wird Ihre Kündigung aufgrund Ihrer DKP-Mitgliedschaft thematisiert.
7. Einem Artikel der Zeitschrift „Antifa-Nachrichten“ Nr. 1 aus Januar 2002 (Titel: „Betroffene warnen vor neuerlichem Demokratieabbau“), herausgegeben von der linksextremistisch beeinflussten Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, zufolge, waren Sie einer von fünf Erstunterzeichnern des Aufrufs gegen „Berufsverbote“. Anlass des Aufrufs war der 30 Jahre zuvor beschlossene „Radikalerlass“ vom 28. Januar 1972.
8. In einem Beitrag vom 19. April 2002, der in der linksextremistischen Wochenzeitung „Unsere Zeit“ erschien und den Titel „Woher kommen Kriege“ trug, wurden Ferienlager der sozialistischen Kinderorganisation „Rote Peperoni“ beworben. Sie wurden darin als Ansprechpartner genannt. Auch wurde Ihre Telefonnummer, 0761/275888, angegeben.
9. Sie berichteten in einem Artikel, der in der linksextremistischen Wochenzeitung „Unsere Zeit“ am 30. August 2002 erschien und den Titel „Ferienlager der ‚Roten Peperoni‘“ trug, über zwei dieser Ferienlager in Fornbach/Landkreis Coburg, Bayern und Rombach-le-Franc (Frankreich). Die „Rote Peperoni“ ist eine sozialistische Kinderorganisation, die der linksextremistischen DKP nahesteht. Sie berichteten in diesem Artikel, dass in den Ferienlagern über das Thema „Kinder im Krieg“ gesprochen worden sei.

10. Am 3. September 2002 nahmen Sie an einer Veranstaltung „Bündnis gegen Rechts“ in Freiburg teil. Geplant wurden Aktionen gegen eine Demonstration der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) am 14. September 2002 in Freiburg. Sie verteilten Handzettel zur Veranstaltung „Rechtsextrem gleich Linksextrem – Wem nützt die Totalitarismus-Diskussion“ der DKP Ortsgruppe Freiburg am 5. September 2002 in Freiburg.
11. In einem Artikel, der in der linksextremistischen Wochenzeitung „Unsere Zeit“ am 4. April 2003 erschien und den Titel „Friedenspolitische Konferenz von ver.di – Dem Kriegskurs der amerikanischen Rechten unseren Widerstand entgegensetzen“ trug, berichten Sie über die „Friedenspolitische Konferenz von ver.di“, auf welcher der drohende Krieg im Irak thematisiert wurde.
12. In einem Artikel, der in der linksextremistischen DKP-Betriebszeitung „turbine“ (gleichsam Mitteilungsblatt der DKP für VOITH-Beschäftigte) in der Ausgabe Nr. 4 vom 04. Juni 2003 erschien, wurde für das Ferienlager der Sozialistischen Kinderorganisation „Rote Peperoni“ geworben. Sie wurden als Kontaktperson angegeben. Dabei wurde auch Ihre Telefonnummer, 0761/275888, veröffentlicht.
13. In der „Antifaschistischen Zeitung“ Nr. 10 vom 30. Oktober 2003 wurde ein „Aufruf zur Bildung einer Kommunalwahlliste 2004“ abgedruckt, der neben Ihnen von weiteren Angehörigen des linksextremistischen Spektrums unterzeichnet wurde.
14. In einem Artikel, der in der linksextremistischen Wochenzeitung „Unsere Zeit“ am 27. April 2004 erschien und von Ihnen verfasst wurde, schrieben Sie über den Kongress der Gewerkschaftslinken.
15. Sie verfassten den Artikel „Für eine solidarische Stadt“, in dem Sie die „Linke Liste/Friedensliste“ (LISST) vorstellten. Auf der Kandidatenliste befanden sich dem Artikel zufolge auch Mitglieder der „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) sowie Mitglieder der linksextremistischen DKP.

16. Einem Artikel der „Badischen Zeitung“ vom 14. Februar 2004 mit dem Titel „Eine solidarische Stadt als Ziel“ zufolge, kandidierten Sie auf Listenplatz 13 der „Linken Liste/Friedensliste“ zur Kommunalwahl am 13. Juni 2004. Auf dieser Kommunalwahlliste kandidierten regelmäßig auch Personen des linksextremistischen Spektrums.
17. Im Vorfeld der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 und dem Antritt eines neuen Linksbündnisses zwischen „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG) und der linksextremistischen „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) wurde im PDS Landesinfo Nr. 3 vom 12. Juli 2005 ein „Offener Brief aus Freiburg an die Mitglieder von WASG und PDS in Baden-Württemberg“ vom 05. Juli 2005 abgedruckt, der unter anderem von Ihnen unterzeichnet wurde. Die Unterzeichner baten darin darum, Michael Moos aus Freiburg auf den ersten Listenplatz der Landesliste zur Bundestagswahl zu wählen.
18. In der linksextremistischen Wochenzeitung „Unsere Zeit“ erschien am 23. September 2005 ein Artikel, in welchem Sie über das Ferienlager der „Roten Peperoni“ im Sommer 2005 berichteten. In dem Ferienlager sei nach Angaben des Artikels unter anderem die Solidarität mit Kuba thematisiert worden.
19. In der Publikation „lisst“, Ausgabe Januar 2006, die von dem zum Zeitpunkt der Speicherung linksextremistisch beeinflussten Wählerbündnis „Linke Liste Freiburg“ herausgegeben wurde, erschien ein von Ihnen verfasster Artikel zum Thema „Arbeitszeitverlängerung bringt mehr Arbeitslosigkeit“.
20. In einem Flugblatt des Linksbündnisses „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ riefen zahlreiche Personen, darunter auch Sie, zur Wahl der Partei „Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative“ (WASG) bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg am 26. März 2006 auf.
21. Zur Mobilisierung des Ostermarsches am 15. April 2006 in Ulm unterzeichneten unter anderem Sie den Flugblattauf Ruf „Abrüstung statt Sozialabbau! Millionen für den Frieden statt Milliarden für den Krieg!“ Der Aufruf wurde auch von linksextremistischen Gruppierungen sowie von Einzelpersonen

unterzeichnet, die dem linksextremistischen Spektrum angehören. Linksextremistische Gruppierungen – vor allem die DKP – versuchten seit Entstehung der Ostermarschbewegung Einfluss auf diese zu nehmen.

22. In einem Artikel, der in der linksextremistischen Wochenzeitung „Unsere Zeit“ am 28. Juli 2006 erschien und von Ihnen verfasst wurde, berichteten Sie über ein Hilfsprojekt in Nicaragua, welches von einem DKP-Mitglied unterstützt wurde.
23. Auf der Internetseite www.dkp-freiburg.de der linksextremistischen Partei DKP wurde eine Pressemitteilung vom 19. November 2006 veröffentlicht, die Sie für den Sprecherrat der DKP Freiburg unterzeichneten. Die DKP Freiburg beglückwünschte darin eine Bürgerinitiative zum Ausgang eines Bürgerentscheids zur Wohnraumpolitik.
24. Im Juli 2007 unterzeichneten Sie den Aufruf „10000 Stimmen gegen Berufsverbote“. Die Kampagne „Gegen Berufsverbote“ wandte sich gegen die Verhängung von Berufsverboten durch die Bundesländer Hessen und Baden-Württemberg und engagierte sich gemeinsam mit den linksextremistischen Organisationen „Rote Hilfe e.V.“ und der „Antifaschistischen Initiative Heidelberg“ (AIHD) sowie der linksextremistisch beeinflussten „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA) insbesondere für die Rehabilitierung eines mit Berufsverbot belegt gewesenen linksextremistischen Lehrers aus Heidelberg. Der Aufruf „10000 Stimmen gegen Berufsverbote“ wurde neben Ihnen auch von weiteren Linksextremistinnen und Linksextremisten sowie Angehörigen linksextremistisch beeinflusster Organisationen unterzeichnet.
25. Aus der Internetseite der „Roten Peperoni“ (www.rotepeperoni.de), einer der linksextremistischen DKP nahestehenden sozialistischen Kinderorganisation, geht hervor, dass Sie im Sommer 2007 das Ferienlager unterstützt haben.
26. In einem Artikel, der am 31. August 2007 in der linksextremistischen Wochenzeitung „Unsere Zeit“ erschien und von Ihnen verfasst wurde, schrieben Sie über das Ferienlager der „Roten Peperoni“, einer sozialistischen

Kinderorganisation, die der linksextremistischen DKP nahesteht, das unter dem Motto „Bunt statt braun – gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus“ durchgeführt wurde.

27. Am 21. September 2007 nahmen Sie an einer Veranstaltung zum 60jährigen Bestehen des linksextremistisch beeinflussten „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA) – Ortsverbandes Freiburg teil. Die VVN-BdA wurde vor allem auch durch Angehörige der DKP linksextremistisch beeinflusst.
28. In der Ausgabe der linksextremistischen Wochenzeitung „Unsere Zeit“ vom 2. Mai 2008 wurde ein Interview mit Ihnen abgedruckt. Thematisiert wurde der „Arbeitskampf bei der Post“, sowie ein möglicher Streik der Beschäftigten.
29. Auf der Internetseite www.dkp-freiburg.de der linksextremistischen DKP wurde eine Presseerklärung anlässlich des 40jährigen Bestehens der DKP vom Sprecherrat der DKP Freiburg veröffentlicht. Dabei wurde zu einer Veranstaltung am 25. Oktober 2008 in Freiburg eingeladen. Sie wurden als einer von fünf Angehörigen des Sprecherrates der DKP Freiburg aufgeführt.
30. In der Publikation „Linke Liste – solidarische Stadt“ der zum Zeitpunkt der Speicherung linksextremistisch beeinflussten „Linken Liste/Friedensliste“ wurden die Kandidaten zur Kommunalwahl am 7. Juni 2009 vorgestellt. Sie kandidierten auf Listenplatz 20.
31. Unter der Überschrift „Politikfähige Strategie“ verfassten Sie einen weiteren Artikel, welcher am 10. Juni 2011 in der linksextremistischen Wochenzeitung „Unsere Zeit“ veröffentlicht wurde. Sie appellierten darin an den Parteivorstand der DKP, dem Antrag des Parteisekretariats für eine „Kampagne gegen ein Europa der Wettbewerbsfähigkeit“ zuzustimmen. Dadurch habe man die „Möglichkeit koordinierter Aktionen von kommunistischen und linken Parteien“. Dies sei „die einzige Möglichkeit tatsächlicher Veränderungen“.

- 32.** Der Internetseite www.berufsverbote.de war am 28. Januar 2012 zu entnehmen, dass Sie einer von fünf Erstunterzeichnern des Aufrufs „40 Jahre Berufsverbot“ waren. Dieser Aufruf wurde auf www.berufsverbote.de veröffentlicht. Unterstützer forderten im Zuge dieses Aufrufs ein öffentliches Eingeständnis, dass der „Radikalenerlass“ Unrecht gewesen sei.
- 33.** In einem Artikel der Regionalzeitung „Der Sonntag“ vom 29. Januar 2012 in Freiburg, der den Titel „Schnüffelei hielt Einzug“ trug, wurde anlässlich des 40. Jahrestags des „Radikalenerlass“ vom 28. Januar 1972 über Sie und Ihr „Berufsverbot“ berichtet. Aufgrund Ihrer Mitgliedschaft in der DKP wurde Ihnen 1984 Ihre Beamtenstelle bei der Post gekündigt.
- 34.** In der linksextremistischen Wochenzeitung „Unsere Zeit“ vom 13. Juli 2012 wurde ein Leserbrief von Ihnen abgedruckt.
- 35.** Ebenfalls in der linksextremistischen Wochenzeitung „Unsere Zeit“ vom 19. April 2013 wurde ein von Ihnen verfasster Artikel abgedruckt, in welchem Sie über eine Kundgebung zum Aktionstag „UMfairTEILEN“ in Freiburg berichteten.
- 36.** Auf der Internetseite www.linke-liste-freiburg.de wurde im Februar 2014 die Kandidatenliste der „Linken Liste – Solidarische Stadt“ zur Kommunalwahl 2014 eingestellt. Daraus ging hervor, dass Sie auf dem 13. Platz kandidierten. Für das kommunale Bündnis kandidierten auch Personen, die dem linksextremistischen Spektrum angehörten und dieses somit linksextremistisch beeinflussten.
- 37.** Die Ortsgruppe Freiburg der „Roten Hilfe“ führte am 27. Januar 2017 eine Veranstaltung zum Thema „Berufsverbote“ durch. Unter anderem sollten Sie laut Ankündigung hierzu von Ihren Erfahrungen berichten.

Begründung

I.

Mit Schreiben vom 12. August 2021 beantragten Sie Auskunft über alle beim LfV zu Ihrer Person gespeicherten Daten. Als den vom Gesetz geforderten Grund gaben Sie an, dass Sie „1984 wegen der von Ihrem Amt über mich gesammelten Informationen und meiner Mitgliedschaft in der DKP aus dem Beamtendienst als *Postbeamter entlassen* worden“ seien. Auch trugen Sie vor, seit einiger Zeit Vorsitzender des DGB, Stadtkreis Freiburg, zu sein und dort mit Themen und Gruppierungen zu tun zu haben, die „ebenfalls das Interesse Ihres Amtes gefunden haben könnten“.

Mit Schreiben des LfV vom 18. August 2021 wurden Sie darauf hingewiesen, dass sich die Anspruchsgrundlage für den von Ihnen geltend gemachten Auskunftsanspruch in § 13 Abs. 1 LVSG findet. Des Weiteren wurden Ihnen die darin enthaltenen Tatbestandsvoraussetzungen genannt und erläutert. Sie wurden weiter darauf hingewiesen, dass Ihr bis dahin erfolgter Vortrag den gesetzlichen Anforderungen nicht genügt. Es wurde Ihnen Gelegenheit zu weiterem Vortrag gegeben.

Ihr Anwalt trug mit Schreiben vom 8. September 2021 in Ihrem Namen vor, dass die gesetzlichen Tatbestandsvoraussetzungen für einen Auskunftsanspruch gemäß § 13 Abs. 1 LVSG sehr wohl vorlägen. Aufgrund der Jahrzehnte langen Befassung des LfV mit Ihnen und Ihrer Entlassung als Beamter aus dem Postdienst vor vierzig Jahren gehöre Ihr Fall zu den wohl am meisten bekannten Fällen der im Rahmen des sogenannten Radikalenerlasses ausgesprochenen Berufsverböten der Republik.

Sie seien des Weiteren eine Person der Zeitgeschichte und hätten schon als solche einen Anspruch auf Auskunft, der über ein Jedermannsinteresse hinausgehe.

II.

Nach § 13 Abs. 1 Satz 1 LVSG erteilt das LfV dem Betroffenen über zu seiner Person gespeicherte Daten auf Antrag unentgeltlich Auskunft, soweit er hierzu auf einen konkreten Sachverhalt hinweist und ein besonderes Interesse an einer Auskunft darlegt. Die Voraussetzungen des § 13 Abs. 1 S. 1 LVSG sind vorliegend zwar nicht erfüllt, doch wird Ihnen aus Ermessen Auskunft erteilt.

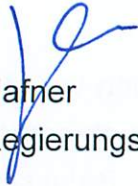
Weitere Auskünfte können nach § 13 Abs. 2 LVSG nicht erteilt werden. Eine Begründung hierfür unterbleibt gemäß § 13 Abs. 3 Satz 1 LVSG.

Wir weisen gemäß § 13 Abs. 3 Satz 3 LVSG darauf hin, dass Sie sich auch an den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Lautenschlagerstraße 20, 70173 Stuttgart wenden können.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, Taubenheimstraße 85 A, 70372 Stuttgart erhoben werden.

Mit freundlichem Gruß



Hafner
Regierungsrat